

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Von der euro-mediterranen Partnerschaft zur Mittelmeerunion?

Seit Anfang der 1990er Jahre verstärkt die Europäische Union ihre politische und ökonomische Zusammenarbeit mit dem Mittelmeerraum. 1995 wurde die euro-mediterrane Partnerschaft (EUROMED) gegründet, die sich jedoch seit einigen Jahren vermehrter Kritik ausgesetzt sieht. Anfang 2007 startete Nicolas Sarkozy eine Initiative zur Schaffung einer „Union de la Méditerranée“. Im Juli 2008 sollen die Staats- und Regierungschefs der Mittelmeernationen in Paris die Gründung der neuen Union beschließen. Für Irritationen nicht nur auf deutscher Seite sorgt der Umstand, dass im Gegensatz zur EUROMED an der Mittelmeerunion nicht alle EU-Mitgliedstaaten teilnehmen sollen, sondern nur diejenigen, die zugleich Mittelmeeranrainer sind.

Euro-mediterrane Partnerschaft

Erste informelle Kooperationsstrukturen zwischen Mitgliedsstaaten der EG und Staaten des südlichen Mittelmeerraums wurden in den frühen 1990er Jahren geschaffen. Zu einer Institutionalisierung kam es im Jahr 1995: In der „**Deklaration von Barcelona**“ verständigten sich die damaligen 15 EU-Mitgliedstaaten mit 12 südlichen Mittelmeeranrainern – Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, der Palästinensischen Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien, der Türkei sowie den heutigen EU-Mitgliedern Malta und Zypern – während eines Gipfels in Barcelona auf die Gründung der euro-mediterranen Partnerschaft. In Anlehnung an den KSZE-Prozess erfolgt die Zusammenarbeit der EUROMED- Partnerländer auf **drei thematischen Ebenen**, den sog. Körben: Politik und Sicherheit; Wirtschaft und Finanzen sowie Partnerschaft im sozialen, kulturellen und humanitären Bereich. Als „vierter Korb“ kam 2005 die Kooperation auf den Gebieten Migration, soziale Integration, Justiz und innere Sicherheit hinzu. **Institutionell** ausgestaltet ist EUROMED durch regelmäßige Treffen der Außen-, Wirtschafts- und Finanzminister sowie seit 2004 durch gemeinsame Plenartagungen von Mitgliedern der nationalen Parlamente sowie des Europäischen Parlaments im Rahmen der **Euro-mediterranen Parlamentarischen Versammlung**. Vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung erfolgte seit 2004 eine Bündelung der Beziehungen der EUROMED zu den neuen osteuropäischen Nachbarn unter dem gemeinsamen Dach der **Europäischen Nachbarschaftspolitik** (ENP). Trotz des zwischenzeitlich erfolgten Abschlusses erster nationaler Aktions-

pläne blieben Kritiker gegenüber der EUROMED skeptisch. Der damalige französische Innenminister Nicolas Sarkozy vertrat bereits 2005 die Meinung, die Kooperation der EU mit den südlichen Mittelmeerstaaten sei „gescheitert“.

Idee einer Mittelmeerunion

Nicht zuletzt, um „Frankreich wieder zu einer herausragenden Macht des Mittelmeerraums zu machen“, kündigte Nicolas Sarkozy im Februar 2007 im Falle seiner Wahl zum Staatspräsidenten die Gründung einer „Union de la Méditerranée“ an. Dabei verglich Sarkozy den Aufbau der Mittelmeerunion mit dem Projekt der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg. Als die vier wichtigsten **Ziele** der neuen Mittelmeerunion nannte Sarkozy eine gemeinsame Migrationspolitik, den Umweltschutz, die Förderung der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung sowie eine Kooperation zur Bekämpfung von Terrorismus, Kriminalität und Korruption. **Institutionell** könne die Mittelmeerunion durch regelmäßige Treffen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten nach dem Vorbild der G 8 ausgestaltet werden („G-Med“). Sarkozy regte zudem die Bildung eines „Mittelmeer-Rats“ analog dem Europarat sowie die Gründung einer „Mediterranen Investitionsbank“ nach dem Vorbild der Europäischen Investitionsbank an. Auf militärischer Ebene schlug Sarkozy ein „System kollektiver Sicherheit“ zwischen den Mitgliedern der Mittelmeerunion vor.

Fraglich ist derzeit noch, welche **Mitgliedstaaten** die Mittelmeerunion umfassen wird. Während nach dem Willen Sarkozys zu dem anvisierten Gründungstreffen am 13. Juli 2008 in Paris sämt-

liche Mittelmeeranrainer geladen werden sollen, spricht sich die französische Nationalversammlung in einer Stellungnahme zudem für eine ständige Mitgliedschaft Portugals, Mauretaniens, Jordaniens sowie der EU (als internationale Organisation) und der Arabischen Liga aus. Als nicht-ständige Mitglieder könnten sich alle weiteren Staaten, die dies wünschten, an einzelnen Projekten der Mittelmeerunion beteiligen.

Ein Konfliktpunkt, der die Entwicklung der EU-ROMED bisher belastete, scheint jedoch auch die Gründung der Mittelmeerunion zu erschweren. So verlangte Libyens Staatschef Muammar al-Gaddafi, dass Israel von vornherein von der Teilnahme ausgeschlossen sein solle – was der französische Außenminister Bernard Kouchner als „unvorstellbar“ bezeichnete. Konfliktpotential birgt auch die Frage des **Verhältnisses zur EU**: Anders als EUROMED soll die Mittelmeerunion nicht in bestehende Strukturen der EU integriert werden. Sarkozy äußerte dazu, die EU solle durch ihre Institutionen, insbesondere die Kommission, als Akteur in die Mittelmeerunion eingebunden werden.

Reaktionen und Ausblick

Unterstützung erhielt Sarkozy durch den italienischen Ministerpräsidenten Romano Prodi sowie den spanischen Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero. Ende Dezember 2007 verständigten sich die drei Staatschefs in Rom darauf, in der Folgezeit in Abstimmung mit den anderen Mittelmeeranrainern die Fragen der Ziele der neuen Gemeinschaft, mögliche Projekte sowie deren Finanzierbarkeit zu klären. Zu Irritationen führte die französische Initiative dagegen vor allem in den mittel- und nord-europäischen EU-Mitgliedstaaten. So warnte Bundeskanzlerin Angela Merkel davor, die Mittelmeerunion könne dazu führen, „dass die EU in ihrem Kernbereich zerfällt“. Das deutsche Außenministerium sprach sich gegen Überlegungen aus, der Mittelmeerunion Zugang zu denselben finanziellen Mitteln zu gewähren, die EUROMED zustehen. Der deutsche EP-Abgeordnete Martin Schulz sprach von einer „kate-

gorischen Ablehnung“ der Pläne für eine Mittelmeerunion von Seiten der Sozialdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments. Doch auch potenzielle Mitglieder der Mittelmeerunion äußerten sich kritisch über die französischen Pläne: So warnte der slowenische Ministerpräsident und derzeitige EU-Ratspräsident, Janez Jansa, im Januar dieses Jahres vor einer „Verdoppelung“ von bereits existenten EU-Institutionen. Obgleich Sarkozy bereits eine Achse Paris-Algier für die Mittelmeerunion anvisierte, ging auch der algerische Präsident Abdelaziz Bouteflika auf Distanz zu dem Vorhaben. Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan, dessen Land nach Sarkozys Vorstellungen – anstelle einer Vollmitgliedschaft in der EU – eine Sonderstellung innerhalb der Mittelmeerunion einnehmen sollte, sprach davon, dass das Projekt „keine Basis“ habe. Vereinzelt wird auch der „europäische Geist“ des Vorhabens bezweifelt – schließlich könnte Frankreich auch eine Reformierung des Barcelona-Forums anstreben. Dies würde Frankreich jedoch in geringerem Maße erlauben, die eigenen Interessen etwa in Hinblick auf eine Zusammenarbeit mit Algerien bei der zivilen Nutzung der Kernenergie sowie der Erschließung algerischer Erdgasfelder zu wahren, so die Kritiker.

Es bleibt abzuwarten, ob sich die Mittelmeeranrainer tatsächlich am 13. Juli 2008 auf die Gründung einer neuen Gemeinschaft verständigen können. Nach den Vorstellungen Frankreichs, Italiens und Spaniens soll in diesem Fall am folgenden Tag, dem französischen Nationalfeiertag, im Rahmen des EU-Gipfels unter französischer Ratspräsidentschaft eine Einigung mit der EU erzielt werden. Jüngste Bemühungen der slowenischen Ratspräsidentschaft – etwa um die Gründung einer „Euro-mediterranen Universität“ – weisen eher auf eine Wiederbelebung des Barcelona-Prozesses als Folge der französischen Pläne hin. Indirekt dürfte diese Schärfung des Bewusstseins der EU für die Mittelmeerregion nicht zuletzt auch den Bemühungen des französischen Staatspräsidenten um die Schaffung einer Mittelmeerunion zu verdanken sein.

Quellen und Literatur:

- Asseburg, Muriel, „Barcelona Plus 10“, SWP-Aktuell 57, Berlin, Dezember 2005.
- Assemblée Nationale, Rapport d'information de la Commission des affaires étrangères sur le thème « Comment construire l'Union méditerranéenne ? », 5. Dezember 2007.
- Ronja Kempin, Neue Töne – neue Politik?, SWP-Diskussionspapier, Berlin, Mai 2007.
- Nicolas Sarkozy, Discours, Toulon, 7. Februar 2007.
- Nicolas Sarkozy, Discours, Paris, 28. Februar 2007.
- Jörg Schneider : Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP), Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags, Europa-Thema Nr. 55/06, 23. November 2006.
- Jörg Schneider: Zehn Jahre euro-mediterrane Partnerschaft (1995-2005), Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags, Europa-Thema Nr. 10/05, 14. November 2005.

Dr. Jörg Schneider, Frederik von Harbou, Fachbereich WD 11 – Europa, Tel.: (030) 227-33614, E-mail: vorzimmer.wd11@bundestag.de